

Geisteswandel in der Politik

Die Glücksversprechen von Staaten

DASS REICHTUM ALLEIN NICHT GLÜCKLICH MACHT, musste schon der legendäre König Midas erfahren, als er zu verhungern drohte, weil sich alles, was er berührte, in Gold verwandelte. Dennoch gilt weltweit das Brutto sozialprodukt als ultimativer Maßstab für das Wohlergehen eines Landes. Zusammen mit dem Wirtschaftswachstum ist es die entscheidende Richtschnur, an der sich staatliches Handeln orientiert. Inzwischen mehren sich allerdings die Stimmen, die die Sinnhaftigkeit dieser Priorität bezweifeln. Staat und Politik sollten nach Ansicht der Kritiker stärker auf die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen zielen, also auf ihr Glück.

Die Einsicht, dass man Geld nicht essen kann und dass Reichtum allein niemanden glücklich macht, ist nicht neu. Als die britische Kolonie in Amerika am 4. Juli 1776 ihre Unabhängigkeit erklärte, erhob sie das Streben nach Freiheit und Glückseligkeit zu einem Grundrecht, das der Staat zu gewährleisten habe. Es findet sich auch in der elf Jahre später verabschiedeten Verfassung der Vereinigten Staaten. Die Antwort auf die Frage, durch welche Maßnahmen dieses Ziel zu erreichen ist, schien lange Zeit relativ eindeutig: Neben bürgerlicher Freiheit war es eine florierende Wirtschaft, die Wohlstand für alle durch steigenden Lebensstandard hervorbringen und jedem Einzelnen die Verwirklichung seines eigenen »American Dream« ermöglichen sollte. Doch in den letzten Jahrzehnten scheint diese einfache Formel immer weniger aufzugehen. Die Wachstumslogik hat zu einer unübersehbaren Zerstörung der Umwelt und der biologischen Vielfalt geführt. Die Schere zwischen

Arm und Reich klafft weiter und weiter auseinander. Gleichzeitig nehmen belastungsbedingte Erkrankungen wie Depressionen weltweit zu. Das hat speziell nach der Jahrtausendwende zu einem neuen Nachdenken darüber geführt, wie das Ziel Lebensglück erreicht werden könnte. Die Fachdatenbank EconLit der American Economic Association (AEA) beispielsweise weist von 1991 bis 1995 gerade einmal vier Arbeiten zur Lebenszufriedenheit auf – im Zeitraum von 2001 bis 2005 waren es bereits über 100 Veröffentlichungen zum Thema.

Vom Reichtum bis zum Umweltschutz – universelle Glücksfaktoren

Wie genau das Lebensglück aussehen könnte, stellt sich den Menschen je nach kulturellem Umfeld sehr unterschiedlich dar. Sehr allgemein gesprochen entwickelt es sich, wenn die Lebensumstände das subjektive Wohlbefinden und die Lebenszufriedenheit fördern. Beim Versuch,

Sprung ins gelobte Land: Weil die US-Regierung die Grenzen immer schärfer bewacht, kommen Mexikaner auf gefährlichen Wegen ins Land.



Faktoren dafür zu definieren, kann es jedoch leicht geschehen, dass man Werte und Ideen der eigenen Kultur als allgemeingültig definiert. Aus Beobachtungen kann aber dennoch eine Reihe von Aussagen abgeleitet werden, die von universeller Bedeutung sind.

Wohlstand ist einer dieser globalen Glücksfaktoren. Wie langfristige Studien in verschiedenen Ländern gezeigt haben, ist dabei »mehr« nicht automatisch gleich »besser«. Ist der Lebensstandard niedrig und der Alltag entbehrungsreich, bringt ein Plus an Wohlstand einen sehr deutlichen Zugewinn an Wohlbefinden. In den wohlhabenden Ländern Europas hingegen sorgt mehr Wohlstand praktisch kaum noch für einen Zugewinn an Zufriedenheit. Dieses als »Easterlin Paradox« bezeichnete Phänomen erklärt sich dadurch, dass mit zunehmendem Einkommen der hieraus gewonnene »Glücksnutzen« abnimmt. Eine starke Rolle spielt auch das relative Einkommen: Wer früher weniger hatte oder mehr hat als andere, kann seinen Wohlstand stärker genießen.

Ein ebenfalls wichtiger Faktor ist die persönliche Freiheit. Es zeigt sich ein Zusammenhang zwischen demokratischen Regierungen und dem Glücksempfinden der Bürger. Diktaturen weisen dagegen durchweg schlechtere Werte auf, ebenso wie von Bürgerkriegen heimgesuchte Nationen oder solche, in denen die Korruption eine Umsetzung der demokratischen Meinungsbildung in der Praxis untergräbt. Entscheidend sind hier offenbar die tatsächlichen Möglichkeiten, das persönliche und soziale Leben nach eigenen Maßstäben und Vorstellungen mitzugestalten. Hierzu zählt auch die Möglichkeit, auf die politischen und gesellschaftlichen Prozesse aktiv Einfluss zu nehmen.

Arbeit und Arbeitslosigkeit haben ebenfalls einen bestimmenden Einfluss auf das Glücksempfinden. Entscheidend hierbei ist ein den eigenen Fähigkeiten entsprechender Arbeitsplatz, aber auch das Verhältnis zu den Kollegen. Durch zahlreiche Studien belegt sind die negativen Auswirkungen einer ungewollten Arbeitslosigkeit; sie wirkt sich statistisch betrachtet sogar schwerwiegender auf die Zufriedenheit aus als beispielsweise eine Trennung oder Scheidung. Abgemildert wird dieser Effekt lediglich dann, wenn die Arbeitslosigkeit in der gesamten Gesellschaft auf hohem Niveau verharrt.

Auch Gesundheit, Bildung und das Ausmaß an gesellschaftlicher Gleichbehandlung wirken sich auf das Wohlbefinden einer Nation aus. Erstaunlicherweise steigt die Zufriedenheit aller Bevölkerungsteile, wenn eine Gesellschaft in der Lage ist, ihre Minderheiten zu integrieren, gleich ob sie sich durch ihre ethnische Zugehörigkeit oder ihre sexuelle Orientierung von der Mehrheit unterscheiden. Generell erhöht eine funktionierende – und tatsächlich stattfindende – soziale Interaktion das Glücksempfinden jedes Einzelnen.

Ein geschichtlich relativ junge Größe in der Liste der universalen Glücksfaktoren ist schließlich der Umweltschutz. Ist einmal ein ausreichendes Maß an Wohlstand erreicht, wächst das Interesse an einer intakten Natur. In Europa beispielsweise steigt die Zufriedenheit mit dem Staat mit zunehmendem staatlichen und gesellschaftlichen Engagement für den Umweltschutz, und zwar auch dann, wenn dieses mit Auflagen verbunden ist, die die persönliche Freiheit einschränken.

Die soziale Schere und das Gießkannenprinzip

Zusammenfassend kann man bei Betrachtung dieser Faktoren sagen: Sind in einer Gesellschaft der Wohlstand, die Entscheidung über wichtige Lebensfragen, eine zufriedenstellende Arbeit und die Möglichkeiten zur politischen und sozialen Teilhabe gegeben und relativ gleichmäßig verteilt, ist das Wohlbefinden im Allgemeinen hoch. Klaffen die Lebenswirklichkeiten der Bürger eines Landes in diesen Bereichen hingegen weit auseinander und sind Subgruppen ausgegrenzt, so schwindet das Glück und Spannungen entstehen. Das heißt nicht, dass es keine sozialen Unterschiede in einer Gesellschaft geben sollte. Die werden immer vorhanden sein, schon weil sie sich aus den verschiedenen Lebensentwürfen ergeben. Sie tragen sogar zur Vielgestaltigkeit und Farbigkeit eines Gemeinwesens bei. Bedeutsam aber scheint zu sein, wie weit die verschiedenen sozialen Gruppierungen voneinander entfernt sind. Man könnte das als die Amplitude der gesellschaftlichen Unterschiede bezeichnen. Klafft die Schere weit auseinander, verringert sich das Glück; herrscht hingegen eine relative Homogenität, sind also die Glücksfaktoren eher gleichmäßig nach dem Prinzip der Gießkanne verteilt, so wirkt sich das förderlich auf das Wohlbefinden aller in der Gesellschaft lebenden Menschen aus.

Als Ziel der Politik lässt sich daraus ableiten, dass es erstrebenswert ist, möglichst allen Mitgliedern einer Gesellschaft gleiche Chancen einzuräumen. Damit wird aber zugleich auch klar, dass der Blick auf das Bruttozialprodukt als entscheidendes Kriterium viel zu kurz greift. Es müsste ein anderer Messwert gefunden werden, der als Orientierungsgröße weiterhelfen kann. Bei der Suche nach einem solchen Faktor könnte das Beispiel hilfreich sein, das eines der statistisch ärmsten Länder der Welt geliefert hat.

Das Bruttozialglück im Königreich Bhutan

Das Königreich Bhutan liegt als asiatischer Binnenstaat zwischen China und Indien im Himalaya. In den 1970er-Jahren prägte der damalige König Jigme Singye Wangchuck, der das Land von 1972 bis 2006 regierte, das Motto: »Das Bruttozialglück ist wichtiger als das Bruttozialprodukt.« Damit stellte sich das kleine Land gegen den allgemeinen Trend, nach dem ein Land zuerst eine ökonomische Entwicklungspolitik betreiben müsse. Das mit Fünfjahresplänen gelenk-



te Königreich verfolgte das – inzwischen in seiner Verfassung verankerte – Ziel des Bruttozialglücks zunächst nur als allgemeinen Vorsatz. In den 1990er-Jahren erkannte man die Notwendigkeit, es in irgendeiner Weise messbar zu machen, um für konkrete politische Entscheidungen eine Orientierung zu haben. Dabei wurden vier Zielvorgaben definiert: die ökonomische Entwicklung, der Umweltschutz, die Bewahrung und Förderung der kulturellen Werte sowie »good governance«, also die Errichtung guter Regierungs- und Verwaltungsstrukturen einschließlich der Korruptionsbekämpfung.

Die Wirtschaft Bhutans setzt erfolgreich auf Selbstversorgung. Neben landwirtschaftlichen Produkten exportiert das Land hauptsächlich Strom aus Wasserkraft ins benachbarte Indien. Der Umweltschutz hat Priorität vor wirtschaftlichem Handeln, was dazu geführt hat, dass das Land – dessen Größe in etwa jener der Schweiz entspricht – über eine fast einmalige Naturbelassenheit verfügt. Entwickelt wurden in den vergangenen Jahrzehnten die Bereiche Bildung und Gesundheit. So sank in der Zeit von 1977 bis 1999 die Zahl der Analphabeten von über 82 auf 46 Prozent, die Lebenserwartung stieg im Gegenzug von 46 auf 66 Jahre. Immerhin 90 Prozent der Bevölkerung dieses teilweise recht unwegsamen Landes haben Zugang zu einer Gesundheitsversorgung. Die Förderung der Kultur, die identitätsstiftend wirkt, hat aber auch Schattenseiten, wie ein Konflikt mit der nepalesischen Minderheit im Norden des Landes demonstriert. Im Jahr 2008 wurde unter Führung des seit 2006 amtierenden, westlich gebildeten Kronprinzen Jigme Khesar Namgyel Wangchuck ein demokrati-

1972 wurde Jigme Singye Wangchuck König von Bhutan. Er verfügte: Der Wohlstand des Landes müsse sich am Glück seiner Bewohner bemessen.



Das Glück soll sich auf dem ganzen Kontinent ausbreiten: Immer mehr europäische Staaten richten ihre Politik am Wohlbefinden der Bevölkerung aus.

ches Regierungssystem eingeführt. Damit wurde ein weiterer Wert zur Pflege des Bruttosozialglücks umgesetzt, nämlich das Schaffen guter Regierungsstrukturen und das stärkere Einbeziehen der Gesellschaft in die sie betreffenden Entscheidungsprozesse.

Nachhaltigkeit statt Wachstumsstreben

Auf Einladung Bhutans führten die Vereinten Nationen im April 2012 eine Tagung durch unter dem Motto: »Glück und Wohlbefinden: Definition eines neuen ökonomischen Paradigmas«. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, erklärte auf dieser Konferenz: »Das Bruttoinlandsprodukt verfehlt das Ziel, die Faktoren zu erfassen die im Leben der Menschen Bedeutung haben und zu ihrem Glück beitragen – wie Sicherheit, Frei-

zeit, Einkommensverteilung und eine saubere Umwelt.« Jeffery Sachs, ökonomischer Berater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, stellte bei dieser Gelegenheit den »World Happiness Report« vor. Er ist der jüngste einer ganzen Reihe von Versuchen, das schwer fassbare Glück für politisches Handeln messbar zu machen. In der Vergangenheit wurde verschiedentlich versucht, sich dieser Fragestellung mit Indizes und Forschungsprojekten anzunähern, etwa mit dem »Happy Planet Index« des britischen New Economic Foundation's Centre for Well-Being. Dieser stand allerdings häufig in der Kritik, da er als ideologisch voreingenommen galt. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) versucht dem Glück in den Industriestaaten mit Hilfe des »Better Life Index« auf die Spur zu kommen.

Erkennbar wird damit ein Trend, der seit Beginn des 21. Jahrhunderts dynamisch wächst: die Suche nach Parametern für eine Neuorientierung des politischen und gesellschaftlichen Handelns. Seit dieser Zeit werden immer mehr Studien, Forschungsgruppen und -projekte ins Leben gerufen, die nach Alternativen zur bisherigen, vornehmlich auf Wachstum ausgerichteten Regierungspraxis suchen sollen.

Im Jahr 2010 rief der Deutsche Bundestag die Enquetekommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« ins Leben. Sie soll den Weg bahnen für die Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- oder Fortschrittsindikators, der künftig als Orientierungshilfe für die Politik dienen kann. Erkennbar wird hier eine Entwicklung, die der momentan noch vorherrschenden Dominanz von Bruttosozialprodukt und Wirtschaftswachstum als alleinseligmachenden Direktiven der Politik in absehbarer Zeit ein Ende bereiten könnte. Damit wird im politischen Betrieb ein neues Denken sichtbar, dessen Anfänge schon Jahrzehnte zurückreichen.

Kein unendliches Wachstum in begrenzten Systemen

Der einzige Organismus in der Natur, der ständig weiter wächst, ist der Krebs, und der bringt schließlich den Körper, in dem er wuchert, um – und damit sich selbst. Auf diese selbstzerstörerische Logik einer unbegrenzten Expansion wies der Club of Rome erstmals 1972 in seiner Veröffentlichung »Grenzen des Wachstums« hin. Auf der Basis einer ganzen Reihe von Simulationen wurden Entwicklungen wie

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz plädiert für ein Ende des ökonomischen Wachstumsstrebens.

das Wachstum der Weltbevölkerung, der Abbau der Bodenschätze oder die Zerstörung der Umwelt prognostiziert. Die Szenarien zeigten, das eine Fortsetzung des exponentiellen Wachstums zu dem führen würde, was die Systemtheorie eine »Regelkreiskorrektur« nennt: dramatische Zusammenbrüche in der Wirtschaft, in der Gesellschaft und im Bereich der Lebensgrundlagen.

Diese in den letzten 40 Jahren häufiger aktualisierte Prognose – die heute durch andere, kaum weniger beunruhigende Entwicklungen wie Klimawandel und Finanzkrise ergänzt wird – deutet auf dramatische Umbrüche hin. Vor diesem Hintergrund verändert sich die Aufgabe der Politik, denn nun wird die Herausforderung dringlicher, nicht allein für Glück zu sorgen, sondern zunächst einmal das drohende Unglück zu verhindern, den erreichten Lebensstandard zu sichern und die vorhandenen Hand-

lungsspielräume zu erhalten. Darin besteht möglicherweise die größte und entscheidende Aufgabe der heutigen Zeit.

Der Mathematiker Nicholas Georgescu Roegen stellte die Überlegung an, dass in einem begrenzten System – das unsere Erde nun einmal darstellt – kein unbegrenztes Wachstum möglich sei. Er übertrug diese naturwissenschaftliche Grundregel auf die Wirtschaftswissenschaft und wurde damit zu einem Vordenker der »Décroissance« – einer Zurücknahme des Wachstums, die in Frankreich inzwischen von einer breiten Bewegung aus Konsum- und Wachstumskritikern gefordert und getragen wird. Interessanterweise hielt bereits der von den Neoliberalen gern kritisierte John Maynard Keynes in seinem 1936 erschienenen Hauptwerk »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« ein dauerhaftes Wachstum für ein Ding der Unmöglichkeit. Er erwartete nach dem industriellen Boom



der westlichen Länder eine Phase des Nullwachstums, in der sich der Wohlstand – so seine These – durch gleichmäßige Verteilung des Einkommens, Bereitstellung öffentlicher Güter für alle und deutliche Arbeitszeitverkürzungen sichern ließe. Das ist exakt das Gegenteil dessen, was in den letzten 20 Jahren geschehen ist.

Das »gute Leben« als Staatsziel

Die Zeit scheint reif für einen neuen Ansatz in der Politik und Wirtschaft. Statt Turbokapitalismus und rücksichtslosem Wachstum unter Verbrauch aller natürlichen Ressourcen und vor allem unter Ausgrenzung großer Teile der Weltbevölkerung sind neue Prioritäten gefordert. Bemerkenswerterweise kommen die ersten Anstöße dazu aus »Schwellenländern«, die noch weit davon entfernt sind, das westliche Wohlstandsniveau zu erreichen. Neben Bhutan nahm Ecuador 2008 das Prinzip des »Sumak kawsay« in seine Verfassung

auf, Bolivien 2009 das »Suma qamaña«. Beide Begriffe stammen aus der indigenen Kultur der Anden und bedeuten so viel wie »das gute Leben«. Gemeint ist damit der achtsame Umgang mit der Natur als menschlicher Lebensgrundlage und das friedvolle Einbeziehen aller in gesellschaftliche Prozesse und den allgemeinen Wohlstand. Und damit wären wir wieder bei den Glücksfaktoren.

Es ist vielleicht eine Ironie der Geschichte, dass die industrialisierte Welt, die in den vergangenen Jahrhunderten mit schier unglaublichen Leistungen auf dem Gebiet der Technik, Wirtschaft und Wissenschaft den Gipfel zivilisatorischen Wohlstands erklommen hat, sich am Ende auf die elementaren Weisheiten einer indigenen Kulturen besinnen muss. Das hat aber vielleicht auch etwas Beruhigendes: Die Dinge, die uns als Menschen glücklich machen, sind im Grunde genommen wahrscheinlich viel einfacher, als wir häufig annehmen.



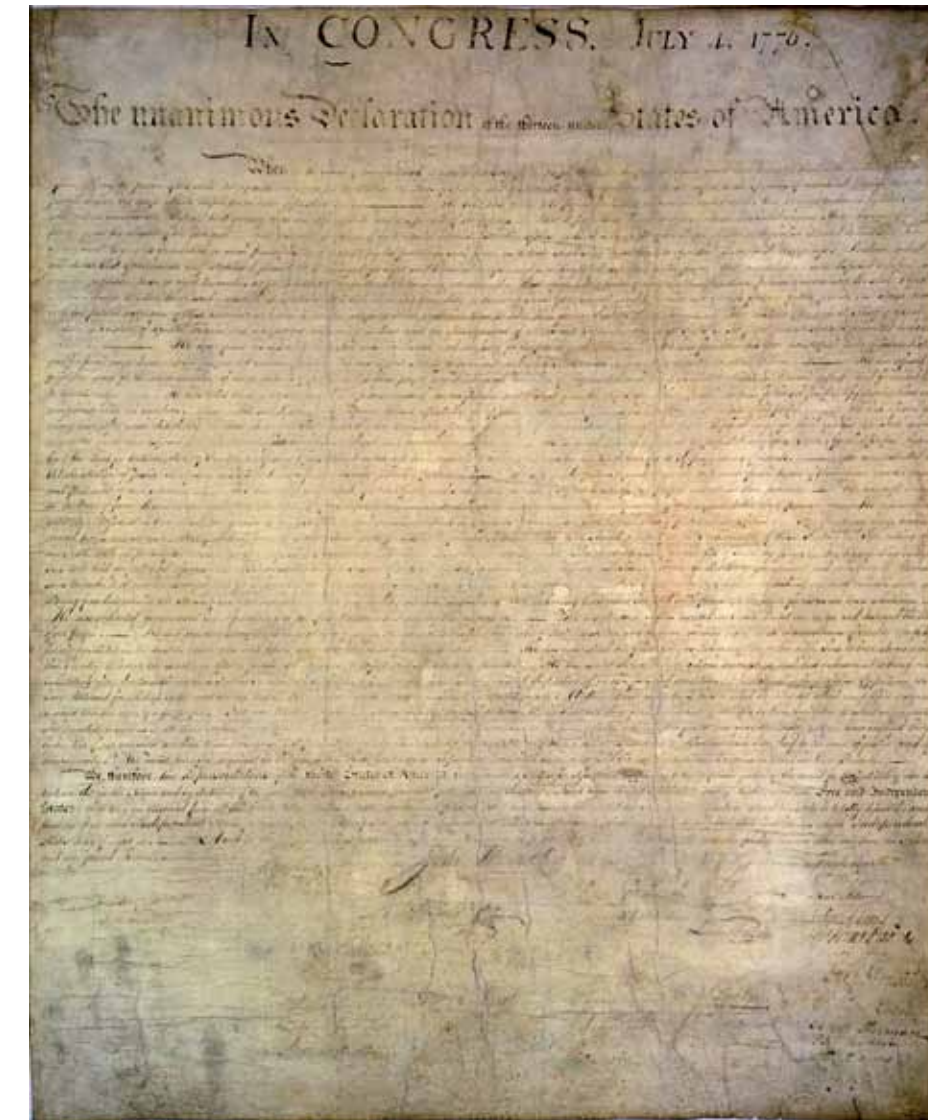
John Maynard Keynes im Jahr 1940: Er war einer der einflussreichsten Wirtschaftswissenschaftler, kam selbst aber ohne großen Reichtum aus.

Verfassungstexte

»Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen worden, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freyheit und das Bestreben nach Glückseligkeit. Dass zur Versicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingeführt worden sind, welche ihre gerechte Gewalt von der Einwilligung der Regierten herleiten; dass sobald eine Regierungsform diesen Endzwecken verderblich wird, es das Recht des Volks ist, sie zu verändern oder abzuschaffen, und eine neue Regierung einzusetzen, die auf solche Grundsätze gegründet, und deren Macht und Gewalt solchergestalt gebildet wird, als ihnen zur Erhaltung ihrer Sicherheit und Glückseligkeit am schicklichsten zu seyn dünket.« (Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, in der Übersetzung des Pennsylvanischen Staatsboten, 1776. Foto)

»Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, von der Absicht geleitet, unseren Bund zu vervollkommen, die Gerechtigkeit zu verwirklichen, die Ruhe im Innern zu sichern, (...) das allgemeine Wohl zu fördern und das Glück der Freiheit uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren, setzen und begründen diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika.« (Präambel der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, 1787)

»Wir, das Volk von Bhutan (...) verpflichten uns feierlich, die Souveränität Bhutans zu stärken, den Segen der Freiheit sicherzustellen, Gerechtigkeit und Ruhe zu gewährleisten und die Einheit, das Glück und das Wohlergehen des Volkes für alle Zeit zu fördern.« (Präambel der Verfassung des Königreichs Bhutan, 2008)



»Der Staat strebt danach, Bedingungen zu schaffen, die ein Verfolgen des Bruttosozialglücks ermöglichen.« (Verfassung des Königreichs Bhutan, Artikel 9, Abs. 2.)

»Wir, das souveräne Volk Ecuadors, beschließen, (...) eine neue Form des zivilen Zusammenlebens in der Vielfalt und der Harmonie der Natur aufzubauen, um das Gute Leben zu erreichen, das Sumaq Kawsay.« (Präambel der Verfassung der Republik Ecuador, 2008)